

Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP): Die Stadt Bern als attraktive Arbeitgeberin in der digitalen Transformation

Durch die Digitalisierung verändert sich insbesondere die Arbeitswelt rasant: Job Profile, die es vor fünf Jahre gar noch nicht gab, haben sich in der Zwischenzeit etabliert, andere verändern sich stark. Zudem werden viele Stellen verschwinden, auf der anderen Seite neue entstehen. Insbesondere weniger qualifizierte Mitarbeiter/innen sowie Arbeitnehmende in der Sachbearbeitung und Verwaltung dürften in grossem Ausmass durch die Automatisierung ihre Stelle verlieren. Die gleichzeitige Alterung der Gesellschaft wird auf der anderen Seite zu einem grossen Fachkräftemangel führen, wenn die Gesellschaft und Wirtschaft es nicht schafft, ältere Arbeitnehmende neu für die digitalisierte Arbeit zu qualifizieren. Der Aufwand für die Weiterentwicklung von Mitarbeitenden wird sich deutlich erhöhen. Gleichzeitig wird es immer auch Mitarbeitende geben, die sich trotz Qualifizierungsmassnahmen nicht in eine digitalisierte Arbeitswelt zu integrieren vermögen. Hier trägt die Stadt Bern als Arbeitgeberin die Verantwortung: zum Beispiel über gut ausgebaute Sozialpläne dafür zu sorgen, dass langjährige und ältere Mitarbeiter/innen durch einen Arbeitsplatzverlust sozial nicht abstürzen. In vielen Jobs ist es schon heute nicht mehr notwendig, dass die Arbeit an einem festen Arbeitsplatz verrichtet wird. Neben Vorteilen birgt diese Entwicklung auch das Risiko der Entgrenzung. Die Anforderungen an die Arbeitnehmenden steigen in zweifacher Weise: Einerseits müssen sie jederzeit einsatzbereit sein und sich andererseits selbst organisieren können. Weiter droht die soziale Isolation, wenn kein direkter Austausch zwischen Mitarbeitenden mehr stattfindet. Ohne entsprechende Aus- bzw. Weiterbildung und klare Abgrenzungsmöglichkeiten beinhalten diese Arbeitsformen ein grosses Risiko zur Selbstausbeutung, was mit entsprechenden gesundheitlichen Konsequenzen und negativen Auswirkungen auf das soziale Zusammenleben verbunden ist.

Aufgrund des Fachkräftemangels wird die Attraktivität der Stadt Bern als Arbeitgeberin ein entscheidender Erfolgsfaktor sein. Neben guten Löhnen/Nebenleistungen und vereinbarungstauglichen Arbeitszeiten werden Weiterbildungsmöglichkeiten, Mitbestimmungsrechte und ein gut funktionierender Datenschutz darüber entscheiden, ob die Stadt Bern genügend qualifizierte Arbeitskräfte finden wird.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, aufzuzeigen bzw. zu prüfen:

1. Auf welchen Szenarien der Gemeinderat seine mittel- und langfristige Personalpolitik begründet und mit welchen Massnahmen sich die Stadt Bern als Arbeitgeberin auf die Auswirkungen der digitalen Transformation vorbereitet.
2. Wie die Generation der Digital Immigrants in der städtischen Verwaltung – dabei im besonderen Mass die weniger Qualifizierten – befähigt werden, mit den technischen Entwicklungen mitzuhalten, um so bis zur ordentlichen Pensionierung beschäftigt werden zu können.
3. Welche Massnahmen für langjährige bzw. ältere Mitarbeitende vorgesehen sind, die sich trotz Weiterbildungsmassnahmen nicht in einen digitalisierten Arbeitsprozess integrieren lassen.
4. Was die Stadt Bern als Arbeitgeberin unternehmen will, um die Gesundheit der Mitarbeitenden in einem digitalisierten Arbeitsumfeld zu schützen.
5. Welche Massnahmen die Stadt Bern als Arbeitgeberin vorsieht, um die Persönlichkeitsrechte und den Datenschutz städtischer Mitarbeitenden zu stärken.
6. Welche Mittel der Stadt Bern zur Verfügung stehen, um die notwendigen Qualifizierungsmassnahmen zu finanzieren bzw. wie die Stadt Bern gedenkt, diese finanziellen Ressourcen sicherzustellen.

Bern, 12. September 2019

Erstunterzeichnende: Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi

Mitunterzeichnende: Ayse Turgul, Szabolcs Mihalyi, Laura Binz, Timur Akçasayar, Edith Siegenthaler, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Lisa Witzig, Peter Marbet, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Nora Krummen, Michael Sutter, Lena Sorg

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 11. März 2020

Der Gemeinderat